



Beilagen: Neue Feschehalle und Des Landmanns Sonntagsblatt.

Erscheint am Mittwoch, Freitag und Sonntag. Der vierteljährlich voranzuzahlende Bezugspreis beträgt 1 Mark 25 Pfg. Einrückungsgebühr: Im amtlichen Teile für 1 zweispaltene Korpuszeile 30 Pfg.; im Anzeigenteile für 1 fünfspaltene Korpuszeile 15 Pfg. Auskunftsgebühr 25 Pfg.

Nr. 26.

Tarnowik. Freitag den 1. März 1907.

Jahrg. XXXV.

Am tlicher Teil.

Vorschriften

des Ministers für Handel und Gewerbe über die Ausbildung von
Gewerbeschullehrerinnen vom 23. Januar 1907.

1. Die Ausbildung von Gewerbeschullehrerinnen erfolgt in den mit den königlichen
Handels- und Gewerbeschulen für Mädchen (z. B. in Posen, Potsdam und Rhepdt) ver-
bundenen Lehrerinnenbildungsanstalten.

Die Befugnis zur Ausbildung kann vom Minister für Handel und Gewerbe auch
anderen Schulen widerruflich übertragen werden, wenn

1. ein Bedürfnis nachgewiesen ist,
2. diese Anstalten durch ihre Einrichtungen und die zu ihrer Unterhaltung zur Verfü-
gung stehenden Geldmittel die Gewähr für einen erfolgreichen Unterricht bieten,
3. die Ausbildung nach den unter II bis IX erlassenen Bestimmungen erfolgt,
4. dem Minister für Handel und Gewerbe das Recht eingeräumt wird, die mit der
Ausbildung zu betrauenden Lehrkräfte zu bestätigen.

Die Befugnis zur Ausbildung kann auch auf einzelne der unter II aufgeführten
Lehrfächer beschränkt werden.

II. Es werden Lehrerinnen mit der Lehrbefähigung für folgende Fächer ausgebildet:

- a. Kochen und Hauswirtschaft,
- b. einfache und feine Handarbeiten, sowie Maschinennähen.
- c. Wäscheanfertigung,
- d. Schneidern,
- e. Fuß,
- f. Kunsthandarbeiten,
- g. Zeichnen.

III. Die Lehrbefähigung, die auch für mehrere Fächer erworben werden kann und
jede Lehrerin vom Minister für Handel und Gewerbe erteilt wird, setzt voraus:

1. die Ausbildung in einer der unter Ziffer I aufgeführten Lehrerinnenbildungsanstalten
und die Ablegung der Fachprüfung vor der zuständigen Prüfungskommission (s. IV
bis VII),
2. die Ausübung einer mindestens halbjährigen praktischen Tätigkeit (s. VIII),
3. die Zurücklegung eines Probejahres (s. IX).

Die Erfüllung dieser Bedingungen ist durch Vorlegung von Zeugnissen nachzuweisen.

IV. Zur Ausnahme in die Lehrerinnenbildungsanstalten ist erforderlich:

1. ein für die Ausübung des Lehrerinnenberufs ausreichender Gesundheitszustand (amts-
ärztliches Attest),
2. ein guter Reumund (polizeiliches Führungsattest),
3. bei Minderjährigen die schriftliche Einwilligung der Eltern oder deren Stellvertreter,
4. ein Alter von mindestens 19 und höchstens 27 Jahren (Geburtsurkunde); Ausnahmen
sind mit Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe gestattet,
5. der erfolgreiche, durch Vorlegung des Abgangszeugnisses nachzuweisende Besuch einer
höheren Mädchenschule mit mindestens neunjährigem Kursus oder der Besitz der ent-
sprechenden, durch Ablegung einer Aufnahmeprüfung nachzuweisenden Kenntnisse,
6. für diejenigen, welche die Lehrbefähigung unter IIa erwerben wollen, die Ablegung
der Prüfung als Lehrerin der Hauswirtschaftskunde gemäß den Bestimmungen der
vom Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten erlassenen
Prüfungsordnung vom 11. Januar 1902,
7. für diejenigen, welche die Lehrbefähigung unter IIb bis f erwerben wollen, die Ab-
legung der Prüfung als Lehrerin der weiblichen Handarbeiten gemäß den Bestim-
mungen der vom Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten erlas-
senen Prüfungsordnung vom 22. Oktober 1885,

zu 6. und 7. Die Vorbereitung auf diese Prüfungen muß in einer vom Minister
für Handel und Gewerbe als geeignet anerkannten Unterrichtsanstalt erfolgt sein,
8. für diejenigen, welche die Lehrbefähigung unter IIg erwerben wollen, der Nachweis
hinreichender zeichnerischer Begabung.

V. Die Ausbildungszeit beträgt für die Fächer unter IIa—d je 1 Jahr,
" IIe " 1 1/2 Jahre,
" IIg " 3 "

Das Unterrichtsjahr soll 40 Wochen und die Woche 30 Unterrichtsstunden umfassen.

VI. Die Ausbildung erfolgt nach dem vom Minister für Handel und Gewerbe
vorgeschriebenen Lehrplan.

VII. Nach dem Abschluß der Ausbildung in der Lehrerinnenbildungsanstalt ist eine
Prüfung vor den vom Minister für Handel und Gewerbe eingesetzten staatlichen Prüfungs-
kommissionen abzulegen. Das Prüfungsverfahren wird durch eine besondere Prüfungs-
ordnung geregelt.

VIII. Die praktische Tätigkeit dient zur Ergänzung der in den Lehrerinnenbildungs-
anstalten erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten und muß in dafür geeigneten größeren
gewerblichen und hauswirtschaftlichen Betrieben (Schneider-, Wäsche-, Sticker- und Muster-
zeichnen-Ateliers, für Kochen und Hauswirtschaft in Speisehäusern, Kaffee-, Kranken-
häusern usw.) erfolgen.

IX. Während des Probejahres sollen die Lehrerinnen die zur Ausübung ihres Berufs
erforderliche Übung im Unterrichten erlangen. Das Probejahr muß an den staatlichen
Handels- und Gewerbeschulen für Mädchen oder an solchen Schulen abgelegt werden, die
hierfür vom Minister für Handel und Gewerbe als geeignet bezeichnet sind.

Die Probekandidatinnen haben sich zur Ueberweisung an eine geeignete Schule unter
Einreichung des Lebenslaufs und ihrer Zeugnisse beim Landesgewerbeamt zu melden.

X. Diese Bestimmungen treten am 1. Oktober 1907 in Kraft. Für die zu diesem
Zeitpunkt bereits in der Ausbildung begriffenen Mädchen können vom Minister für Handel
und Gewerbe Ausnahmen von obigen Bestimmungen zugelassen werden.

I. G. XXVII/XV. Nr. 954.

Nachdem ein angemessener Betrag von Fünfzigpfennigstücken mit dem neuen Ge-
präge (1/4 Markstücken) hergestellt und dem Verkehr zugeführt worden ist, sollen die in
den bisherigen Formen geprägten Stücke eingezogen werden. Im Interesse einer be-
schleunigten und vollständigen Einziehung der alten Fünfzigpfennigstücke ist ihre alsbaldige
Ablieferung an die öffentlichen Kassen erwünscht. Die Letzteren sind angewiesen worden,
die fraglichen Münzen nicht nur in Zahlung, sondern auch zur Umwechslung von jeder-
mann anzunehmen und dabei etwaigen Wünschen nach Umtausch gegen andere Münzen
tunlichst zu entsprechen.

Oppeln den 27. November 1906.

Königliche Regierung.

B. II. 1524.

Tarnowik den 23. Februar 1907.

Die zum Zwecke der Ergänzungswahl eines Kreistagsabgeordneten des IV. Wahl-
bezirks (Radzionkau) im Wahlverbande der Landgemeinden aufgestellte Wählerliste liegt
bis zum 9. März d. J. (einschließlich) zu jedermanns Einsicht in meinem Geschäfts-
lokale und zwar im Arbeitszimmer des Kreisaußschußsekretärs aus.

Der Landrat.

Graf zu Limburg-Stirum.

Nichtamtlicher Teil.

Die Rede des Reichskanzlers im Reichstage.

Wie zu erwarten stand, hat der Reichstag am Montag
Beginn der ersten Lesung des Etats einen großen Tag
gehabt, da der Reichskanzler Fürst von Bülow Gelegenheit
genommen, bedeutende programmatische Ausführungen zu machen.

Fürst Bülow wies einleitend mit wuchtiger Kraft den
„unzulänglichen Versuch des Abgeordneten Spahn zurück, das Zentrum reinzuwaschen. Wohl
er dankte an, daß das Zentrum in der Ver-
gangenheit auch vielfach an der Erfüllung nationaler Auf-
gaben mitgewirkt habe, sein Verhalten am 13. Dezember
vorigen Jahres aber sei im höchsten Maße unnational ge-
wesen und nur aus dem Streben zu erklären, der Regie-
rung das liberale Partei-Joch aufzuzwingen. Scharf zer-
tekte Fürst Bülow alsdann die Sägen, mit denen ein
Teil der Zentrumspreffe während des Wahlkampfes operiert
hat. Man habe mit dem Gespenst des Absolutismus und
drohenden Verfassungsdruckes Schrecken zu verbreiten
die Wähler einzufangen versucht, während in Wirklich-
keit die verbündeten Regierungen mit der Auslösung des
Reichstages doch nur von ihrem verfassungsmäßigen Rechte
Gebrauch gemacht hätten. Weiter gehöre zu den größten
Verfehlungen, die im Wahlkampfe eine Rolle ge-
spielt hätten, die Behauptung, die katholische Religion sei
in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet.
etwas zu verbreiten, sei nicht nur direkt wahrheits-

widrig, sondern auch eine unpatriotische Handlung gewesen.
Ihren Höhepunkt aber erreichte die Kritik des Reichskanzlers
am Zentrum, als er das die Sozialdemokratie fördernde
und unterstützende Verhalten dieser Partei im Wahlkampfe
geißelte.

Mit schneidender Schärfe wies Fürst Bülow auf den
immensen Widerspruch hin, der darin liege, daß eine Partei
wie das Zentrum mit der Sozialdemokratie zusammengehe.
„Wenn es eine Partei gibt, die nach ihrer Basis, nach
ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundsätzen, nach
ihren Zielen nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen
sollte, so ist es die Zentrums-Partei.“ Es waren ernste,
bittere Wahrheiten, die das Zentrum hier zu hören bekam,
und wir sind überzeugt, daß bei ihrem Anhören mancher
Zentrumsmann brennende Scham über das Verhalten des
radikalen Flügels seiner Partei empfunden haben wird.

Aber auch, abgesehen von dem kritischen Teile seiner
Ausführungen, hat Fürst Bülow am Montag manches
wahre und treffende, manches schöne und erhebende Wort
gesprochen. So muß es in allen patriotischen Kreisen
jubilande Freude wachrufen, daß der Reichskanzler in Aus-
sicht gestellt hat, die Regierung werde bei künftigen Wahlen
noch ganz anders für Aufklärung sorgen, noch in weitaus
höherem Maße die Führung der Nation im Kampfe gegen
die inneren Feinde übernehmen. Das ist es, dessen Deutsch-
land dringend bedarf, und wonach alle gutgesinnten Kreise
seits verlangend ausgeschaut haben. Mit warmen Worten

pries der Reichskanzler den nationalen Sinn des deutschen
Volkes, das den Wahltag ersehnt habe, und in deutlich
vernehmbarer Weise wandte er sich an die Adresse des
Auslandes, als er feststellte, daß diejenigen sich täuschen,
die da zweifeln, „daß wir in großen Momenten, wo es
um Ansehen, Ehre und Stellung des Landes geht, über
eine große, aber eine gewaltige Mehrheit im deutschen
Volke verfügen.“

Zum Schluß hat der Reichskanzler auch in großen
Umrissen ein Bild der Zukunft, wie er sie sich denkt und
wünscht, zu zeichnen unternommen. Vor allem mahnte er
aufs eindringlichste, die nationale Bloddbildung vom 13. De-
zember vorigen Jahres als eine dauernde Errungenschaft
unseres politischen Lebens festzuhalten. Die Wirtschafts-
politik soll sich in dem bisherigen Gleise fortbewegen, an-
dererseits aber sollen auch den Liberalen mancherlei Kon-
zessionen gemacht werden. Als derartige Zugeständnisse
stellte Fürst Bülow eine einheitliche Ausgestaltung des
Bereins- und Versammlungsrechtes, Ersparnisse in der
Armee, eine Reform des Strafrechtes und der Strafprozeß-
ordnung sowie eine Umwandlung des Börsengesetzes in Aus-
sicht. Er schloß mit dem Ausdruck des Wunsches, daß
die künftige Politik getragen sein möge von Vertrauen
unter den Mehrheitsparteien und zwischen den verbündeten
Regierungen. In allen nationalgesinnten Kreisen unseres
Volkes wird dieser Wunsch sicherlich einen lebhaften und
kraftvollen Widerhall finden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der neue Reichstag hatte am Montag seinen ersten wahrhaft großen Tag mit dem Beginn der Staatsberatung, die von dem Reichschatzsekretär Fehren. v. Stengel durch eine längere Uebersicht über den Stand der Reichsfinanzen eingeleitet wurde. Er gab seiner Genugtuung Ausdruck über die wesentliche Besserung, die der Reichshaushalt durch die im vorigen Jahre zustande gekommene Steuerreform erfahren hat. Von einer Einbringung einer weiteren Steuervorlage hätten die verbündeten Regierungen zunächst abgesehen, um einstweilen die weitere Entwicklung der Zoll- und Steuererträge abzuwarten. Zum Schluß sprach der Staatssekretär mit besonderer Betonung für die Kolonialforderungen die Erwartung aus, daß der Reichstag es an der erforderlichen Bewilligung nicht fehlen lassen werde. Abg. Spahn (Z.) warf dem Fürsten Bülow Mißbrauch seiner Amtsgewalt vor, die an napoleonische Zeiten erinnere. Als er von der selbstlosen Mitarbeit des Zentrums an allen großen Gesetzen der letzten Jahre sprach und behauptete, daß sich das Zentrum nie von Parteiinteressen leiten ließ, ertönte auf zahlreichen Bänken des Hauses schallendes Gelächter. Abg. Baffermann (natl.) bezeichnete als Quintessenz des Wahlkampfes die Ausschaltung des Zentrums aus der Entscheidung über nationale Fragen, die durch das zu politischem Verständnis erwachte deutsche Bürgertum erfolgt sei. Hierauf präzisierter Reichskanzler Fürst Bülow in einer längeren, glänzenden Rede seine Stellung zum Zentrum, mit dem er solange zusammengearbeitet habe, bis es in nationalen Dingen verlagert habe, und wies die Angriffe des Abg. Spahn sehr energisch zurück. Als er geendet, wurde er mit stürmischem Beifall und Händeklatschen auf den Tribünen begrüßt.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Sonnabend die Interpellation über das Redener Grubenunglück. In seiner Beantwortung schilderte Minister Dr. Delbrück die Vorgänge vor und nach dem Unglück und kam dabei zu dem Schluß, daß den Betriebseinrichtungen auf der Grube Reden keine Schuld beizumessen sei. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit seien bereits getroffen worden. Der Minister wendete sich gegen die Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle und sollte den Arbeitern und Beamten Anerkennung für ihre Haltung bei dem Unglück. Er schloß mit der Versicherung, daß die Regierung mit der Gewährung von Renten und anderen dauernden Unterstützungen weit über die berufsgenossenschaftlichen Leistungen hinausgehen werde. Bei der Besprechung der Interpellation erklärte Abg. Stockmann namens der konservativen Partei das Einverständnis mit den Ausführungen des Ministers, der zum Schluß nochmals versicherte, daß in Zukunft alles getan werden solle, was zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter beitragen könne. Am Montag wurde die Noelle zum Berggesetz beraten. Minister Dr. Delbrück leitete die Verhandlungen mit einem geschichtlichen Rückblick auf die Ent-

wickelung des Bergbaues bei uns ein und betonte die Notwendigkeit, dem Staate einen größeren Einfluß auf die Geschäftsgebarung der Syndikate zu sichern. Das sei der Zweck der Vorlage. In der Debatte wurden von allen Rednern verschiedene Bedenken gegen die Vorlage erhoben, die schließlich einer besonderen Kommission überwiesen wurde.

Die Entlassungen von polnischen Gymnasiasten, deren die Volksschule besuchenden Geschwister sich weigern, im Religionsunterricht deutsch zu antworten, mehren sich. In einigen Gymnasien wurde sämtlichen polnischen Schülern mitgeteilt, daß sie bei der geringsten Tätigkeit für die polnische Bewegung sofort ihre Entlassung zu gewärtigen hätten. Die Polen wollen im Abgeordnetenhaus die Gymnasiastentlassungen demnächst zur Sprache bringen. Von der Strafkammer in Hohenfelsa wurden 95 Polen, deren Kinder sich am Schulstreik beteiligten, zu Geldstrafen verurteilt.

Ueber die Niederlage der Sozialdemokratie im letzten Wahlkampf äußert das Korrespondenzblatt der Generalkommissionen Ansichten, die mit denen der sozialdemokratischen Presse in entschiedenem Gegensatz stehen. Das gewerkschaftliche Zentralorgan schreibt den Mißerfolg der Sozialdemokratie selbst zu, indem es u. a. bemerkt: „Die Sozialdemokratie hat die Massen durch radikale Phrasen und Anhäufung von Kraftworten erschreckt, sie durch Ate der Intoleranz in ihrem Vertrauen irre gemacht, sie durch Massenstreik-Ideen in Furcht gejagt und sie durch ungeschickte Vertretung der eigenen Grundsätze abgestoßen.“ — Was mag wohl Herr Bebel dazu sagen? Er wird wohl wieder in helle Wut geraten!

Die Berliner Handwerkerkammer will gegen die sozialdemokratischen Lehrlingsvereine energische Maßnahmen ergreifen. Es ist vorgeschlagen worden, in die Lehrverträge einen Passus aufzunehmen, der die Zugehörigkeit des Lehrlings zu gewerkschaftlichen Organisationen von der Erlaubnis des Lehrmeisters abhängig macht.

Fünf Milliarden für Arbeiterversicherung. Die von den verschiedenen Zweigen der Arbeiterversicherung gezahlten Entschädigungen werden vom Reichsversicherungsamt für die Zeit 1885/1905 auf mehr als fünf Milliarden berechnet, genau 5104 Millionen Mark. Es entspricht dies dem, was den Versicherten und Angehörigen bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter gezahlt oder als Heilbehandlung geleistet worden ist. Für die Unfallversicherung wurden im Jahre 1905 über 162 Millionen Mark ausgegeben und mehr als 164 1/2 Millionen eingenommen. Von den Ausgaben entfallen auf Entschädigungen 128 3/4 Millionen, den Reservefonds 18, laufende Versicherungskosten fast 12, Rechtsgang 1 3/4, Millionen Mark usw. Im Dienste der Berufsgenossenschaften stehen nicht weniger als 38402 Personen. Der Erlös aus Beiträgen zur Invalidenversicherung hat im Jahre 1905 fast 149 Millionen erreicht, über 7 Millionen mehr als im Vorjahre. Besonders interessant ist, daß bei den Versicherungsanstalten der durchschnittliche Wochenbeitrag vom Jahre 1891 bis 1905 von 20,81 auf 24,06 Pfennige gestiegen ist; bei den Kasseneinrichtungen beträgt er 30,52 Pfennige. An Renten wurden im

Jahre 1905 insgesamt 137 Millionen gezahlt, an Beitragskalkulationen 8,1 Millionen. Von 1891 bis 1905 betragen die Zahlungen zusammen 1093 7/8 Millionen Mark.

Genossenschaftliches. Nach dem letzten, vom Anwalt des Allgemeinen Verbandes der deutschen Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, Justizrat Dr. jur. Erdmann herausgegebenen Jahrbuche ist die Zahl der Genossenschaften Deutschlands auf 24652 angewachsen, die eine Mitgliederzahl von 3 1/2 Millionen in sich schließen. Von ungefähr 16600 Genossenschaften ist es gelungen, die Geschäftsergebnisse festzustellen. Danach haben diese Genossenschaften ein Gesamtmitgliedergebnis von rund 240 Millionen Mark, mit Reserven von rund 120 Millionen Mark, während sich die geschäftliche auf etwa 3750 Millionen, auf 3 1/2 Milliarden Mark, bezieht. Von dieser großen Zahl der Genossenschaften in Deutschland gehören zu den 1419 Allgemeinen Verbände nur 1419 Genossenschaften. Die übrigen eine Mitgliederzahl von 823000 auf mit einem Geschäftsergebnis von 172 Millionen Mark und einer schäftlichen Gesamtleistung von 2 1/2 Milliarden Mark. Von den 963 dem Allgemeinen Verbände angehörenden Genossenschaften haben 921 dem Anwalt ihre Geschäftsberichte eingereicht. Danach betrug ihre Mitgliederzahl 540000 (gegen 523000 im Vorjahre), ihr Gesamtvermögen 232 Millionen Mark (gegen 217 1/2 Millionen), wovon 66 1/2 Millionen Mark (gegen 61 1/2 Millionen auf die Reserven entfallen, und Summe der gewährten Kredite 2900 Millionen Mark (gegen 2700 Millionen), während sich die fremden Gelder (Sparlagen, Depositen) auf 858 Millionen Mark (gegen 802 Millionen belaufen. Aus allen diesen Zahlen ergibt sich, welche achtunggebietende Stellung und Bedeutung der allgemeine Verband, dessen Genossenschaften auf dem reinen Prinzip der Selbsthilfe aufgebaut sind, nach wie vor im deutschen Genossenschaftswesen einnimmt.

Oesterreich-Ungarn.

Zur österreichisch-ungarischen Ausgleichsfrage erlaube ich mir, den Standpunkt der ungarischen Regierung bezüglich des vom Handelsminister aufgestellten Präliminärtermins für den Abschluß der Ausgleichsverhandlungen hin, daß die Bezeichnung der Oesterferien als des Termins, der die endgiltige Entscheidung bringen müsse, nicht verstanden werden dürfe. Die ungarische Regierung wolle nur von der Absicht geleitet, bis Oftern eine Situation herbeizuführen, in der sie klar sehen könne. Nur falls die Regierung zu der Erkenntnis gelangen sollte, daß Oesterreich den wichtigsten Interessen Ungarns nicht Rechnung trägt, wird Ministerpräsident Wiedersich jede weitere Verhandlung für zwecklos erklären.

England.

Die terroristischen Verbrechen in Russland nehmen rasch zu. In Lodz wurden von einer bewaffneten Bande vier Fabriken ausgeraubt, der Sohn eines Fabrikbesizers tödlich verwundet. Gegen den Chef der Odesaer Polizei v. Berg wurde ein Bombenattentat verübt, wobei v. Berg verwundet wurde. In Warschau ist der Unidivitätsprotest und Vorsteher des Verbandes wahrhaft russischer Be-

Die gnädige Frau.

Erzählung von A. Burg.

(14. Fortsetzung.)

„Von dort erhielt ich die Depesche: Adalbert tot. Gebhard brachte sie mir, ich starrte lange auf die beiden Worte. Mit entsetzlicher Deutlichkeit sagten sie mir, daß mein Leben eine Aenderung erfahren müsse — denn nun war Gregor Erbprinz. Als er nach der Beisehung wieder hier eintraf, war er ein anderer, als da er gegangen, es tat mir weh, ihn anzusehen. Was soll ich dir sagen, mein Kind — wir kämpften einen schweren Kampf — beide — den Kampf zwischen Liebe und Pflicht. Starr, unbeugsam wollte ich an der Liebe festhalten, ich nahm den Kampf mit gutem Mute auf. Als aber — Gregor war gerade zum Ordnen einer wichtigen Angelegenheit in Berlin — an einem dunklen Herbstabend ganz überraschend in einem Mietswagen aus der nächsten Stadt der alte, tiefgebeugte Fürst eintraf, als er mich flehentlich bat, den Sohn freizugeben als den dereinstigen Landesfürsten und für eine ebenbürtige Ehe — da war meine Kraft gebrochen — in dem ungleichen Kampfe siegte die Pflicht.“

Junge atmete schwer, und Angelika machte eine Pause, dann fuhr sie fort:

„Und ich war jung damals noch, Junge, kaum zweiundzwanzig Jahre alt — wahrscheinlich hatte ich doch noch mit einem langen Leben zu rechnen. Das wußte ich — daß — wenn Gregor aus meinem Leben ausgelöscht war, es einsam bleiben würde — erhellet allein durch eines Kindes Liebe. Es kam mir eine Ahnung, daß auch eines Kindes Liebe viel gut machen kann, daß sie mir Ersatz bieten könne für Heißgeliebtes, Verlorenes. So sagte ich Ja zu allem, was der Fürst verlangte — er wollte mich reich entschädigen für meinen Verzicht. Meine Eltern waren bald nach meiner Heirat gestorben, aber auch sie hätten nichts ändern können an meinem Schicksal. Ich möchte dir nicht erzählen, Junge, von meinem Abschied von Gregor — er wollte mich nicht lassen, und ich konnte doch sein Weib nicht bleiben. Ich hatte Kraft für uns beide als die Abschiedsstunde kam, die Stunde, die einen düsteren Schleier warf über mein ferneres Leben und über Geist und Seele meines Kindes. Ich lebte hier still und zurückgezogen, nur den Justizrat empfangend, der von dem Erbprinzen und dem Fürstenhause mit der Abwicklung unserer Geschäfte betraut war. Wie unsere Heirat Aufsehen erregt hatte, so ging natürlich auch unsere Scheidung ohne Aufsehen nicht ab. Aber die

Welt hat ja so viel zu sprechen — nach wenigen Wochen war auch das vergessen — ich war für alle, die mich kannten, für die Leute, die in meinem Dienst geblieben, die gnädige Frau. Damals schon fing mein Haar an, zu bleichen, und der erste Strahl heller Freude fiel wieder auf meinen Weg, als Hans Egon geboren war. Das Kind, das ich wenige Tage nach seiner Geburt ganz still taufen ließ, bei dem Reiterchen, die mir mein Justizrat zur Gesellschafterin verschafft hat, er selbst und der Sanitätsrat Patenstelle vertraten, bildete einige Monate mein höchstes Glück. Fürst Gregor, dessen Vater indessen gestorben war, hatte mir geschrieben; es war der einzige Brief von ihm, den ich annahm. Es tat mir so weh, weiter direkt von ihm zu hören, daß ich den Justizrat bat, bei der nächsten Besprechung, die sie haben würden, dem Fürsten vorzustellen, daß ein solcher Briefwechsel durchaus geeignet sei, unseren beiderseitigen Frieden zu untergraben. Den mir durch den alten Freund übermittelten Wunsch, Hans Egon einmal sehen zu können, wollte ich erfüllen, wenn Baby so weit sein würde, mit der jungen Frau Gebhardts, seiner treuen Wärterin, von Gebhard begleitet, die Reise nach Schloß Steltenstein zu machen.“

Angelika machte eine Pause und blickte zu Junge hinüber, sie lag still da, die Hände gefaltet, die Augen halb geschlossen.

„Und weiter, Tante Angelika?“ fragte sie, als jene noch immer schwieg.

„Meine Geschichte ist eigentlich für dich, mein teures Kind — hier zu Ende — was dann kam — das große, grausame Geschick meines armen Jungen — das gehört eigentlich nicht dazu —“

Die großen Augen des jungen Mädchens richteten sich bittend auf Frau von Sommerack.

„Wenn du es kannst — Tante Angelika — erzähle mir weiter — alles — ich möchte so gern alles wissen, was dich betrifft —“

„Acht Monate vergingen, Hans Egon war immer gesund, ein ruhiges, manchmal auffallend ruhiges Kind. Stundenlang lag er schlafend im Wagen, den Luise auf die Veranda geschoben hatte, und ich saß bei ihm, behütete seinen Schlaf und träumte davon, wenn er groß sein würde, der Stolz und die Freude seiner einsamen Mutter. Aber es kam anders! Ich allein war wie mit Blindheit geschlagen, der Sanitätsrat, Luise, Gebhard, alle, die öfter um das Kind waren, vermischten, immer ängstlicher werdend, das Hervortreten des kleinen Verstandes — ich nicht, denn es waren zu wenig kleine Kinder in meinem Lebensweg getreten, so daß ich kaum

wußte, wann Erkennen und Verständnis für äußere Dinge sich einzustellen pflegen. Aber ganz allmählich, ganz stinktiv begann auch ich, diese Erkennungszeichen zu mischen. Und so kniete ich eines Tages — es war Jahrestag seiner Geburt — lange — lange Zeit vor dem Stuhl, auf dem er saß, apathisch sein Wollschaf in den Arm gedrückt, die Augen groß und starr ins Leere tend. Ich blickte hinein in diese großen Sterne, bestreut das Lichtlein des Erkennens in ihnen zu entzünden, sehnte den Augenblick herbei, wo der Knabe Mama mir sagen sollte, ich sprach ihm die beiden Silben unendlich müdlich vor — vergebens — alles vergebens. Der dumpfe Ausdruck des kleinen, zarten Gesichtes änderte sich kaum kam ab und zu ein kullender Ton aus dem rötlichen Munde. Da — Junge — da dämmerte mir die ganze fehlische Wahrheit auf — das Kind war mein, ich hatte seinen gesunden, wohlgeordneten Körper — aber Geist und Seele waren unmadet.

Was ich in jener Stunde gelitten habe, wie ich kämpft und gerungen habe mit dem verzweiflungsvollen Warum auch das mir, du lieber Gott?, das zu ermitteln bist du zu jung.

Luise kam — sie sah mich an, dann den Knaben und als sie weinend ihn an sich drückte und rief: arme Kind — o gnädige Frau wissen es auch! da ließen mich meine Sinne.

Als ich wieder zum Bewußtsein kam, lag ich meinem Bett, meine Jungfer und der schleunigst herbeigerufene Sanitätsrat bemühten sich um mich, dann festlich mich ein schweres Kervensieber wochenlang ans Krankenlager. Eine sanfte, stille, freundliche Schwester war meiner Pflege gekommen, und als die Gewalt der Krankheit gebrochen war, als ich fieberfrei, aber noch schwach, endlich der Genesung entgegenging, da tat mir wohl, in das liebe, ergebene Gesicht der Schwester Agathe zu blicken.

Wo haben Sie die stille Ergebung gelernt, Schwester Agathe? fragte ich sie einst. Ich möchte mein Gesicht auch so ruhig und ergeben tragen lernen.

Da wies die Schwester auf das Kreuz, das auf meinem Schreibtisch stand. Man muß nicht nur lernen sein Kreuz geduldig zu tragen, sondern auch bestrebt sein das Kreuz der Mitmenschen mit auf seine Schultern zu nehmen. Je mehr man anderer Kreuz tragen hilft, desto leichter wird das unserige, sagte sie mit fester Stimme.

Sie kennen mein Kreuz, Schwester? Die liebe Gestalt in ihrer ersten Schwestertracht neigte stumm ihr Haupt, und zwei große Tränen tränen in ihre Augen. (Fortsetzung folgt.)

Abidow überfallen worden, von den Revolvergeschüssen aber verletzt geblieben.

Die russischen Wahlen haben den Wächtern eine weite Enttäuschung bereitet. Trotz aller Beeinflussungen und Vertuschungen haben sie eine große Mehrheit für die Opposition, insbesondere für die verhassten Kadetten, errungen, also das denkbar stärkste Misstrauensvotum gegen die Regierung der Stolypin und Genossen. Auch diese Wahlen werden wohl kein natürliches Todes sterben, aber wann? Nur einem konstitutionellen Rußland bewilligen französischen und englischen Gläubiger neues Geld. Ein Rückfall in den Absolutismus ist es nicht. Zar freilich ist bei all seiner Beschränktheit der größte Feind und der eigentliche Urheber der Schandthaten schwarzen Bande. Darin stimmen die zuverlässigsten inner russischer Verhältnisse überein. Sie erzählen aber auch, daß der Herrscher über ungezählte Millionen wie über durch spiritistische Gaukeleien, so jetzt durch die wirren Gaukeleien eines armen Idioten, die er als Orakelsprüche annimmt, sich lenken läßt. Armes Rußland!

Frankreich.

Gegen die französischen Lehrersyndikate, die von durch sozialistischen Tendenzen beherrscht werden und nach dem Muster der Arbeitersyndikate organisiert herrscht bei der sonst so radikalen Regierung eine nichts weniger als freundliche Stimmung. Eine Abordnung der Syndikalistenvereinigung der freien Lehrer protestierte bei dem Ministerpräsidenten Clemenceau gegen die Schließung der Arbeitsschule für die Lehrer des Seine-Departements. Clemenceau erklärte, die Arbeitsschule sei den Lohnarbeitern vorbehalten und nicht für Beamte bestimmt, die aus dem Gewerbebetriebe die gewerblichen Syndikate nur geduldeter Weise Gewinn zögen.

England.

Im englischen Oberhause hat Lord Newton einen Bericht betreffend die Reform des Oberhauses eingereicht. In der Absicht, den übermäßigen Einfluß des erblichen Elements zu beseitigen, sieht der Entwurf vor, daß ein erblicher Pair im Oberhause sitzen soll, außer wenn ein hohes Amt bekleidet hat, oder wenn er zweimal Unterhaus gewählt worden ist, ehe er Pair wurde, oder wenn er als Wahlpair (representative peer) gewählt worden ist. Die erblichen Pairs sollen Vollmacht erhalten, ein Viertel aus ihrer Zahl zu gewählten Pairs zu wählen. Die Krone soll Vollmacht haben, hundert Pairs auf Lebenszeit zu ernennen, um eine Vertretung aller Interessen zu sichern; die Zahl der Bischöfe im Oberhause soll herabgesetzt werden.

Holland.

Die zweite Haager Konferenz wird, wie nunmehr feststeht, zu Anfang Juni eröffnet werden. Die holländische Regierung hat bereits amtlich bekannt gegeben, daß sie zum Empfang der Delegierten für die zweite Friedenskonferenz am 1. Juni d. J. bereit sei.

Transvaal.

Bei den Wahlen zum Transvaalparlament haben die Boeren gefiegt. Infolgedessen besteht auch das erste in Transvaal nach der neuen Verfassung gebildete Ministerium ausschließlich aus Mitgliedern der Partei „Het Volk“. Ratschef ist General Louis Botha.

Mittelamerika.

Im Krieg zwischen Honduras und Nicaragua haben die nicaraguanischen Truppen ohne Widerstand Besitz von der Stadt El Triunfo in Honduras ergriffen und nach einem harten Kampfe San Bernado besetzt. Drei über der Revolutionspartei, die sich bei den nicaraguanischen Truppen befinden, haben im Grenzbezirk von Honduras eine provisorische Regierung eingesetzt.

Stadt und Land.

Tarnowitz den 28. Februar 1907.

Der Tarnowitzer Kreisverband des Deutschen Flottenvereins hielt Dienstag abend im Rothleghaus seine Hauptversammlung ab, die aus Stadt und Land sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Kreisvorsitzende Dr. Kauprich eröffnete die Versammlung mit Begrüßung der Erschienenen und einem Hinweis auf die erfolgreiche Entwicklung des Vereins. Er zählte 16 Ortsgruppen mit über 1400 Mitgliedern der verschiedensten Geschlechter. Die jüngsten Ereignisse im Flotten-Verein haben unter einem Teile der Mitglieder eine gewisse Erregung hervorgerufen. Er wünschte, daß die heutigen Verhandlungen im Geiste des Friedens gehalten werden und eine Ausöhnung zur Folge haben möchten. Seine Ausführungen endigten mit einem Kaiserhoch. — Hierauf gelangte Punkt 1 der Tagesordnung: Stellungnahme zu den jüngsten Vorgängen im Deutschen Flotten-Verein zur Verhandlung. Hierzu erhielt zuerst Geschäftsführer Lehrer Wulff das Wort. Hinweisend auf die Satzung des Deutschen Flottenvereins erklärte er, daß Generalmajor und Landrichter Stern die durch die Satzung gesetzte Grenzlinie überschritten hätten. — Ratsmann Schubert in längerer Ausführungen mit, die Angelegenheit habe am Sonntag abgehaltene Hauptversammlung des Vereins katholischer Männer beschäftigt. Die Mitglieder des Vereins sind, fühlen sich durch die Vorgänge verletzt und verlangen Garantien, daß so etwas in Zukunft nicht wieder vorkommt. Mangels solcher stellt Redner Massenaustritt des Flottenvereinsmitglieder in Aussicht und bringt die der Zentrumsprelle bekannten Klagen über Behandlung der Katholiken vor. Es seien nur folgende Schlagworte zu erwähnen: Staatsbürger zweiter Klasse, lieber rot als schwarz, kämpferische Tendenz pp. (Unruhe, Unterbrechung. Der Vorsitzende ermahnt, den Redner nicht zu unterbrechen, könne nachher seine Gegenseite halten). Herr Schu-

bert fährt weiter aus, die Katholiken seien die treuesten Bürger des Staates, betont die Verdienste der Zentrums-partei um die Schaffung von Heer und Flotte und brennt schließlich die Annahme einer Resolution, die den Katholiken Genugtuung und Garantie biete. — Der Vorsitzende bezeichnet den Inhalt der beantragten Resolution als zu scharf und verließ einen Brief des Vorsitzenden der Ortsgruppe Alt-Repten, Pfarrers Wisu, welcher im Gegensatz hierzu die Angelegenheit viel milder aufsaßt. Es sei bisher ein einziges Mitglied aus dem Flotten-Verein ausgeschieden, das er aber wieder zu gewinnen hoffe. — Amtsvorsteher Sobotta hebt hervor, die Begriffe „Zentrum“ und „Katholiken“ bedecken sich nicht; das Zentrum sei eine politische oder keine religiöse Partei; es sei ursprünglich gegründet, die Rechte der Katholiken zu wahren, lasse aber den einzelnen Mitgliedern politische Freiheit in anderen Fragen. Man solle sich durch das Zentrum die Flottenfrage nicht verzeckeln lassen. Er bezweifelt schließlich die Kompetenz des Herrn Schubert, als Vertreter der Katholiken zu sprechen und ist der Ansicht, die Resolution habe keinen Zweck. — Ehrenvorsitzender Landrichter Dr. Schlosky bekräftigt die Ausführungen des Herrn Sobotta; in den insolge Einbruch oder Diebstahl im Bayrischen Kurier veröffentlichten Briefen, welche im Geheimen geschrieben, lediglich die persönliche Stellung der Herren Reim und Stern wiedergeben, liege keine Agitation, die Satzung des Flottenvereins sei dadurch nicht verletzt, es sei eine Veranlassung, aus dem Flotten-Verein auszutreten, nicht vorhanden. Falsch sei, wie Stern empfohlen, ein Bündnis mit der Sozialdemokratie, wie es auch vom Zentrum in zwölf Wahlkreisen in Süddeutschland eingegangen sei. Der Flotten-Verein habe als solcher keine Agitation getrieben. Die Verbreitung von Wahlflugblättern und Brochüren durch denselben sei entschieden zu verwerfen, im Kreise Tarnowitz seien sie in den Papierkorb gewandert. Des Kaisers Anerkennung für die Bahlthätigkeit des Flottenvereins beziehe sich auf die Erfolge gegen die Sozialdemokratie, nicht gegen das Zentrum. — Der Vorsitzende weist auf das Rundschreiben des Präsidiums vom 19. Dezbr. v. J. hin und bestätigt, daß auch innerhalb des Kreisverbandes Tarnowitz im Sinne dieses Rundschreibens gehandelt worden ist: „Was wir getan haben, können wir vor der ganzen Welt verantworten.“ — Ein Redner (unbekannt) ist der Ansicht, die Verdienste des Zentrums um Heer und Flotte seien nicht so hoch anzuschlagen, sie seien nicht größer, als die anderer Parteien, welche die verlangten Mittel bewilligt haben; im Gegenteil habe die Zentrumspartei immer etwas abhandeln wollen. — Amtsvorsteher Antez spricht als Katholik. Aus den veröffentlichten Briefen gehe hervor, daß Reim und Stern innerhalb des Flottenvereins Politik treiben. Landrichter Stern müsse heraus aus dem Vorstande des Deutscher Flottenvereins. Die Resolution Schubert sei nicht geeignet, konfessioneller Hader solle vermieden werden. Der Verein, welcher durch Schloskys Verdienste einen großen Aufschwung genommen habe, darf nicht in die Brüche gehen, es wäre auch Unanstand gegen Pöcher. In der Resolution müsse eine Mißbilligung gegen Stern ausgesprochen werden. — Es folgen persönliche Auseinandersetzungen zwischen Herrn Schubert und Herrn Sobotta. Weiterhin beteiligten sich noch an der Verhandlung die Herren: Verwaltungsdirektor Festner, welcher betont, daß bei dem nationalen Brande im Kreise Tarnowitz die deutschen Parteien einander nötig haben, der Flotten-Verein sei ein wichtiges Glied zur Verbreitung des Deutschtums. Amtsvorsteher Szichy schließt sich den Ausführungen des Herrn Antez an. Dr. Gursky verwahrt sich gegen Verbreitung von Beilagen in der „Flotte“. Regierungsrat Wulff empfiehlt Verständigung; es sei im Kreise Tarnowitz nichts gegen Katholiken geschehen, das Deutschtum müsse gestärkt werden, kein Miston dürfe in den Flotten-Verein kommen. — Dr. Schlosky verliest nunmehr den Entwurf einer Resolution, welche dem Schreiber dieser Zeilen als durchaus zweckentsprechend erschien, dem Bedürfnis der Sachlage klar und deutlich Rechnung tragend. Einzelnen genüge aber der Wortlaut nicht, da gegen Reim und Stern darin nicht ausdrücklich Stellung genommen ist. Auf Vorschlag von Herrn Wulff wird die Sitzung unterbrochen und zur Beratung der Resolution eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die Herren: Dr. Kauprich, Dr. Schlosky, Wulff, Antez, Schubert. Der Wortlaut der Resolution ist folgender:

„Der Kreisverband Tarnowitz des Deutschen Flottenvereins steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die Hauptaufgabe des Vereins ist, das Verständnis und Interesse des deutschen Volkes für die Bedeutung und die Aufgaben der Flotte zu wecken und zu fördern, und daß jede Politik, insbesondere aber Parteipolitik unter allen Umständen aus dem Verein fern gehalten werden müsse. Den Inhalt des im Bayrischen Kurier veröffentlichten Briefwechsels und die von einzelnen Verbänden geleistete Beihilfe zur Verbreitung von Wahlflugschriften mißbilligt daher die Versammlung, weil diese Vorgänge geeignet sind, das nationale und konfessionelle Empfinden der Mitglieder zu verletzen.“

Der Wortlaut obiger Resolution wurde von der Versammlung widerspruchlos angenommen. (Schluß folgt.)

Ratsmannlicher Verein. Monatsversammlung am 19. Februar 1907. Unter Anwesenheit von 14 Mitgliedern eröffnet der Vorsitzende Herr Bach um 9.20 Uhr die Versammlung, indem er die Erschienenen begrüßte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß seitens der Mitglieder auch dem neuen Vorstande Interesse entgegengebracht wird. Ferner dankte Herr Bach dem anwesenden bisherigen Vorsitzenden Herrn Grüne für seine von regem Interesse besetzte langjährige Tätigkeit für den Verein und wird Herr Grüne durch Erheben von den Plätzen seitens der Mitglieder geehrt. Darauf sprach Herr Grüne in längerer

Ausführung, die dahin gipfelte, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn zu den allmonatlich nur einmal stattfindenden Sitzungen mindestens der größte Teil der Mitglieder erschiene. — Tagesordnung: 1. Von der Neubesehung des Vorstandes wird Kenntnis genommen. Hiernach bilden den Vorstand die Herren: Bach Vorsitzender, Rober Stellvertreter; Mitschowski Schriftführer, Ramm Stellvertreter; A. Cohn Kassensführer, B. Kuschel Stellvertreter; Tycza Beisitzer. — 2. Bericht über das stattgehabte Wintervergnügen. Es wird bekannt gemacht, daß das Vergnügen 164,00 Mk. gekostet hat und somit der angelegte Betrag von 150 Mk. um 14 Mk. überschritten werden mußte. Die Mehrausgabe von 14 Mk. wird bewilligt. — 3. Beantwortung der polizeilichen Anfrage, ob im Handelsgewerbe an Stelle der dem Verkehr freigegebenen zwei Sonntagnachmittage vor Pfingsten nur einer, dagegen vor Weihnachten drei freigegebene Sonntagnachmittage wünschenswerter erscheinen. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, woran sich insbesondere die Herren Bach, Ramm, Rober, S. Behnsch und Baum beteiligten, wonach durch Akklamation ein Antrag des Herrn S. Behnsch angenommen wurde, der dahin geht, daß vor Pfingsten nur ein Sonntagnachmittag, dagegen vor Weihnachten drei für den Verkehr frei gemacht werden sollen. Es wird beschlossen, dem Magistrat davon Mitteilung zu machen und gewünscht, daß dieser Beschluß öffentlich bekannt gemacht wird, um allen hiesigen Gewerbetreibenden dadurch Gelegenheit zu geben, sich mit Eingaben an den Magistrat zwecks anderer Einteilung der freien Sonntage zu wenden. — 4. Die Anfrage der Handelskammer, ob auch hierorts der Hausierhandel mit Bijouterien usw. von Ausländern betrieben wird, ist dahin erledigt, daß nach § 56 Abs. 11 der Gewerbeordnung der Hausierhandel mit derartigen Waren überhaupt verboten ist. Auch ist der seitens der Handelskammer zu dieser Beantwortung gesetzte Termin bereits verstrichen und dadurch hinfällig geworden. — 5. Antrag des Herrn Rober, betreffend die probeweise Einführung des 8 Uhr - Badenschlusses in den Sommermonaten für die Textilbranche. Hierzu wird seitens des Vorsitzenden empfohlen, diesen Antrag einer Kommission zu überweisen und derselben die Durchführung des Antrages zu übertragen. Daraufhin wurden in die Kommission die Herren Rober, S. Behnsch, Ramm und Mitschowski gewählt. — 6. Antrag des Herrn S. Behnsch, die Ermäßigung der Gaspreise zu bewirken. Seitens des Vereins soll diesbezüglich eine Eingabe an den Magistrat gemacht werden, auch verspricht Herr Baum in seiner Eigenschaft als Gaskommissionsmitglied diese Wünsche zu befürworten und für Verbilligung der Gaspreise einzutreten. Als weitere Uebelstände bei derselben Verwaltung wird von Herrn Bosenheim hervorgehoben, daß es den Gasconsumenten mitunter nicht möglich ist, von den hiesigen Gaswerken vereinzelte Fuhrer Rols zu erlangen, da die Verwaltung der Gasanstalt vorzugsweise den vorhandenen Rolsbestand im ganzen nach auswärts verkauft, statt die hiesigen Abnehmer zu berücksichtigen. Ferner wird empfohlen, eine einheitliche Tage für geleistete Arbeiten seitens der Gasanstalt mit festgesetztem Stundenlohn einzuführen und hinzuwirken, daß die Dauer der Arbeitszeit von dem Auftraggeber durch Namensunterschrift bescheinigt wird. — 7. Mitteilungen und freie Anträge! Herr Grüne beantragt, daß in Zukunft die Einladungen und Bekanntmachungen den Mitgliedern in Briefform mit Post zugesandt werden, da des öfteren beim Zirkulieren einer Liste das Mitglied von dem Inhalte derselben keine Kenntnis erhält, da die Liste mitunter von Geschäftsangestellten unterschrieben wird, jedoch eine Mitteilung an den Prinzipal unterlassen wird. Der Antrag wurde angenommen. Herr Bach gibt bekannt, daß in nächster Zeit interessante Vorträge im Rahmen des Vereins werden abgehalten werden, es ist ihm gelungen, zu einem solchen Vortrage Herrn Rechtsanwalt Preiß zu gewinnen. Auch hat Herr Ingenieur Steding einen Vortrag über Gasgewinnung und Gasverwertung zugesagt.

Bezirksversammlung. Der Provinzialverband schlesischer landwirtschaftlicher Genossenschaften zu Breslau hält am Dienstag den 5. März d. J. nachmittag 5 Uhr hier selbst im Hotel Sechs Linden die diesjährige Bezirksversammlung ab. Vom Verbandsverbande werden anwesend sein der Verbandsdirektor Oshausen und der Geschäftsführer Direktor Böllers.

Deutscher V.S. Den Gegenstand einer längeren Verhandlung in einer Beratung der Stadtverordneten bildete der Antrag des Magistrats auf Abschluß eines Vertrages mit den Gräfl. Schaffgotischen Werken, S. m. d. S., betreffend die Anlage von Straßen im Stadtbezirk Schwarzwald zum Zwecke der Bebauung der anliegenden Grundstücke mit Wohngebäuden durch diese Gesellschaft. Dieses seit Jahren schwebende Projekt ist von der Baupolizei bekämpft worden mit dem Einwande, daß es sich hierbei um die Anlage einer Kolonie handele, gegen deren Errichtung beim Oberpräsidenten und beim Minister Einspruch erhoben wurde. Beide Instanzen haben indessen zugunsten der Gesellschaft entschieden und festgestellt, daß die Bebauung im Anschluß an die bestehenden Wohngebäude erfolge und somit nicht als Kolonie (Anstiedelung) im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei. Der Antrag des Magistrats geht nun dahin, der Gesellschaft die Anlage der in einer Breite von 18 Metern vorgesehenen Straßen unter Auflegung der Verpflichtung zu genehmigen, daß sie hauffeuerfähig ausgebaut und mit Bürgersteig und Bordsteinen versehen werden. Eine Pflasterung derselben schien dem Magistrat mit Rücksicht darauf, daß dieselben voraussichtlich niemals Hauptverkehrsstraßen sein werden, nicht geboten. Justizrat Freubenberg beantragte, in den Vertrag die Verpflichtung für die Gesellschaft aufzunehmen, daß sie gehalten sei, der Stadtgemeinde die Kosten der Straßenpflasterung wieder zu erhalten, wenn sich innerhalb eines Zeitraumes von

30 Jahren die Notwendigkeit der Pflasterung ergeben sollte. Der Magistratsantrag samt dem Zusatz des Justizrats Freudenberg wurde von der Versammlung angenommen. — Oberschlesische Bank. In der am 23. d. M. stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsrates wurde die Bilanz für 1906 vorgelegt, welche einen verteilbaren Ueberschuß von 297106 Mk. gegen 266044 Mk. im Vorjahre aufweist. Es wurde beschlossen, der am 23. März d. J. stattfindenden Hauptversammlung vorzuschlagen, 20000 Mk. dem Reservefonds I, 10000 Mk. dem Reservefonds II zu überweisen, 7 1/2 Proz. Dividende zu verteilen gegen 7 Proz. im Vorjahre und 43350 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Laurahütte. Vor einigen Tagen fanden in ober-schlesischen Zeitungen Berichte über angebliche elektrisierende Vorkommnisse bei der Herstellung von Wurst seitens einzelner Fleischermeister in Laurahütte. Nach dieser sollten Fleisch ungeborene Kälber, Fleisch von gefallenem Vieh und solches, das bereits als unbrauchbar in die Abortgrube geworfen worden war, zu Wurst verarbeitet haben. Auch das Berl. Tagebl. hatte sich mit dieser Angelegenheit unter der Spitzmarke „Klein Chicago“ beschäftigt. Ein positiver Beweis für die Wahrheit der besprochenen Zustände ist bis jetzt nicht erbracht worden, es steht nur soviel fest, daß ein Fleischermeister aus Laurahütte vor einiger Zeit eine Anzeige an die Amtsverwaltung gerichtet hat, durch welche gegen mehrere seiner Kollegen die Beschuldigung der eingangs erwähnten Herstellungsart von Wurst erhoben wurde. Die daraufhin von der Polizei angestellten Zeugenvernehmungen haben keinen Beweis für die Wahrheit der Anzeige erbracht. Der Fleischermeister, der die Anzeige eingereicht hat, hat bei seiner polizeilichen Vernehmung die Aussage verweigert und will nur vor Gericht den Beweis erbringen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits eine Untersuchung eingeleitet. Die Laurahütter Fleischermeister fühlen sich durch die öffentliche Besprechung der Angelegenheit geschädigt, da der Verbrauch von Wurst infolgedessen erheblich zurückgegangen ist, und wollen zu Gegenmaßnahmen schreiten. (Schles. Zeitg.)

Jahrze. In einer am 7. d. M. abgehaltenen Gemeindevertreterversammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß bezüglich der Nachforschungen über die Geschichte und den Namen der Gemeinde Jahrze neuerdings eine überaus dankenswerte Auskunft vom königlichen Staatsarchiv in Breslau ergangen sei. Hiernach reiche die verfolgbare Geschichte der Gemeinde bis in die ersten Jahre des

14. Jahrhunderts zurück. Der Name Sadre sei allerdings wiederholt durch deutsche Namen abgelöst worden, habe sich aber schließlich doch in der heutigen Schreibart erhalten. Da der Sinn der Bezeichnung „hinter dem Walde“ kaum geeignet sei, einen Anhalt für eine künftige deutsche Ortsbezeichnung zu geben, werde sich wohl eine völlig freie Wahl des Namens empfehlen, aber die später Beschluß gefaßt werden möge.

Schwientochlawitz, 22. Febr. Eine Falschmünzbande, die hier Fünsmarkstücke und Zehnpennigstücke herstellte, wurde heute von der hiesigen Polizei aufgehoben. Der Former Dzialal wurde beim Herausgeben eines falschen Fünsmarkstückes angehalten. Die Polizei hielt daraufhin in der Wohnung des Bergmanns Dialekz, wo Dzialal wohnt, eine Hausdurchsuchung ab, und fand hier 28 falsche Fünsmarkstücke und drei Zehnpennigstücke sowie Formen und Metall. Dzialal, Dialekz und der außerdem bei der Herstellung der Falschstücke beteiligte Former Schügenhof wurden verhaftet.

Explosionsunglück auf Deutschlandgrube. Die Ursache des Grubenunglücks auf der Deutschlandgrube, das sich am Mittwoch voriger Woche nachmittags 2 1/2 Uhr auf der 400 Met.-Sohle ereignet hat, wird darauf zurückgeführt, daß beim Entzünden eines Sprengschusses vor Ort durch Stichflamme eine Explosion von Kohlenstaub eintrat. Der vor Ort beschäftigte Häuer Zuber suchte sich den Einwirkungen der Explosion zu entziehen, indem er etwa 100 Met. weit auf der Strecke vor den nachdringenden Schwaben zurückwich. Dann fiel er betäubt zu Boden. Ähnlich erging es dem Häuer Krowicz sowie den Schleppern Schymura und Zacharkow. Die ersten beiden brachen 50 Met., der letztere ein Ruthene, 30 Met. vor dem Brandschwaben zusammen. Sämtliche vier Bergleute wurden von den Brandgasen getötet. Außerdem wurden der Oberhäuer Klint und drei andere Bergleute durch die Gase betäubt, sie kamen aber mit dem Leben davon.

Der Handel mit russischen Schweinen. Seit längerer Zeit wird von den ober-schlesischen Fleischermeistern über die große Billigkeit Klage geführt, der sie beim Besuch der Schweinemärkte in Sosnowice ausgeführt sind. Die polnischen Händler wissen den Markt künstlich zu beeinflussen, indem sie an gewissen Tagen die lebende Ware von dem Markte zurückhalten. Die Preise werden dann an solchen Tagen auf eine Höhe gebracht, die in keinem Verhältnis steht zu den Marktpreisen im Innern des Landes.

Die ober-schlesischen Fleischermeister, denen auf ihrem Weg nach Sosnowice nicht unerhebliche Spesen erwachsen, häufig gezwungen, auf dem Ankauf von Schweinen zu verzichten, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, dem Geschäft Einbuße zu erleiden. Daß der Preis welcher bei Einführung der russischen Schweine erzielt nicht mehr erheblich sein kann, geht zur Genüge hervor, daß bereits seit Jahresfrist das für den ober-schlesischen Industriebezirk festgesetzte Kontingent nicht voll zur Einführung gelangt, und daß die Zahl der Kontingent fehlenden Schweine sich von Woche zu Woche steigert. Eine weitere Vertenerung der russischen Schweine erwächst den ober-schlesischen Fleischermeistern durch die gebühren, die Transportkosten sowie die Gebühren für Nutzung der Rampe und für das Werfen der Schweine. Hierzu tritt die Versicherungsgeldgebühr und das Risiko für die Tiere. Um diesen Risiken wenigstens teilweise abzuwehren und einen Teil der Last auf die Schultern der polnischen Händler abzuwälzen, streben unter den ober-schlesischen Fleischermeistern eine Bewegung geltend, welche dahin zielt, bei der preussischen Regierung eine Verlegung der Sosnowicer Schweinekontingente auf die schlesische Seite, nahe der russischen Grenze, antragen. In Frage würde hierbei das an der Eisenbahnstrecke Rattowitz-Sosnowice gelegene Gelände kommen. ober-schlesischen Fleischermeister versprechen sich von solchen Maßnahmen verschiedene Vorteile: Zunächst die Steuer von den polnischen Händlern getragen werden müssen; dann würde die Kontrolle über die Schweine treffs ihrer Gesundheit erleichtert, die Marktpreise sich besser regulieren, und die Transportkosten würden für die ober-schlesischen Fleischer verringern. Es sei hauptsächlich billig, daß die polnischen Händler einen Teil der Kosten übernehmen, denn sie wären ja von dem deutschen Markte abhängig. Die ober-schlesischen Fleischermeister hoffen ferner, daß die Einrichtung einer Verbilligung des Fleisches im Kleinhandel herbeiführen würde. Die Hoffnung sich wirklich erfüllen würde, muß abgewartet werden. Im Publikum herrscht in dieser Beziehung großes Vertrauen, da man bisher immer die Erfahrung gemacht hat, daß die Einrichtung des Schweinekontingents nicht der Allgemeinheit den erwarteten Nutzen gebracht wohl aber von den Fleischern zu ihrem eigenen Besten genutzt worden ist. (Schles. Zeitg.)

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Radzionkau gelegene, im Grundbuche von Radzionkau Blatt 187 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Sekretär **Karl Roehr** zu Beuthen eingetragene Grundstück am 1. Mai 1907, vormittags 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 23 versteigert werden.

Das Grundstück, Ader gegen Orzech Abl. 3, Parzelle 245/186, 25 a 53 qm groß, hat einen Reinertrag von 1,60 Tkr. und ist in der Grundsteuerrolle unter Nr. 177 eingetragen. Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Februar 1907 in das Grundbuch eingetragen.

Tarnowitz den 19. Februar 1907. Königlichliches Amtsgericht. 302

- In unser Handelsregister Abteilung A. sind folgende Firmen eingetragen worden:
- a. Am 18. Februar 1907 unter Nr. 184 die Firma „**Franz Lowicki, Tarnowitz**“ und als deren Inhaber der Drogist Franz Lowicki in Tarnowitz,
 - b. unter Nr. 185 die Firma „**Josef Skawran, Mikulschütz**“ und als deren Inhaber der Kaufmann Josef Skawran in Mikulschütz,
 - c. am 21. Februar 1907 unter Nr. 186 die Firma „**Johann Kusch, Wieszowa**“ und als deren Inhaber der Kaufmann Johann Kusch in Wieszowa,
 - d. am 23. Februar 1907 unter Nr. 187 die Firma „**Eugen Quass, Radzionkau**“ und als deren Inhaber der Kaufmann Eugen Quass in Radzionkau,
 - e. am 25. Februar 1907 unter Nr. 188 die Firma „**Wilhelm Schön, Tarnowitz**“ und als deren Inhaber der Bäckermeister und Konditor Wilhelm Schön in Tarnowitz,
11. die unter Nr. 159 eingetragene Firma: Drogenhandlung **Anton Godan Tarnowitz**, Inhaber Kaufmann **Max Schymura** in Tarnowitz, ist am 18. Februar 1907 gelöscht worden. Tarnowitz, im Februar 1907. Königlichliches Amtsgericht. 303

Silesia, Verein Chemischer Fabriken zu Saarau (Stat. der Bresl.-Freib.-Bahn) und Breslau V (Lauengienplatz 1). Unter **Gehalts-Garantie** offerieren wir unsere bekannten **Dünger-Präparate**, sowie die sonstigen gangbaren Düngemittel, u. a. auch **Thomasmehl** in reiner Beschaffenheit. Ferner: prima **phosphorsauren Kalk** zur Viehfütterung. 116

In meinem an der **Publiniker Straße 3** gelegenen Grundstück ist ein gut gelegener **Laden**, für jedes Geschäft sich eignend, mit anschließender Wohnung, Remise und mehreren anderen Räumen zu vermieten und vom 1. April 1907 ab zu beziehen. **Karl Fleischer**, 172 Lubliner Straße 4. Zwei Wohnungen sind zu vermieten bei Wandzik, Georgstraße a. Schießhaus. 308

Wohnungsmiets-Vertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche bearbeitet, für alle Fälle passend, empfehlen **A. Sauer u. Komp.** Ein großes **Wohnhaus**, mit 7% verzinslich, bei geringer Anzahlung sofort zu verkaufen. Offerten an die Geschäftsstelle dies. Bl. unt. **100 B.** 310 **Gut möbl. Wohnung** von zwei Zimmern, auch geteilt, mit sep. Eingang zu verm. Zu erst. Buchtbl. **Adolph, Krakauer Str.**

Café Kaiserkrone Tarnowitz. Sonnabend den 2. März **Streich-Konzert**, ausgeführt von den Solisten der Infanterie-Kapelle Keith Nr. 22 aus Gleiwitz. Anfang 8 Uhr. 309

Echte engl. **Matjesheringe, Maltafartoffeln, Bündlinge, Sprotten, Lachs, Zander, Hechte und Schellfische** empfiehlt 311 **Paul Funke.**

Zauber verleiht jedem Gesicht ein rosiges, jugendliches Aussehen, zarte, weiße, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: **Steckenpferd.** Das Stück 50 Pfg. bei: **Otto Grüne, Anton Godan, J. Lukaschick, Paul Starostzik, Fr. Parzentny.** 305 **Laubsägeholz** vorrätig bei **A. Sauer u. Komp.**

Hotel Prinz-Regent. Nur heute!!! Sonnabend Nur heute!!! **Theater-Kinematograph** die lebenden Photographien. Nachmittags 5 1/2 Uhr Schüler- und Familienvorstellung. Abends 8 Uhr Hauptvorstellung. Alles Nähere auf den Plakaten. Zu einem zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein **Richard Wiesel, Kinematographen-Vermieter** 307 Maschinerien, Modell 1907.

Simons-Brot von Aerzten bestens empfohlen. Bezüglich seines hohen Nährwertes von keinem anderen erreicht! — Wirksam gegen Verdauungsstörung, Zuckerkrankheit und Blutarmut! Zu haben bei **Paul Funke**

Laubsägeholz, Brandmalereiholz, Kerbschnittholz. Naturholz in Rußbaum, Eiche, Ahorn und Erle. Kunstholz in Tanne, Ahorn, Eiche, Rußbaum und Mahagoni. Vorlagen zu Laubsäge- und Kerbschnitt-Arbeiten vorrätig. **A. Sauer u. Komp.**

Bei **Husten** Heiserkeit, Verschleimung, Halsleiden, Katarrhen, Asthma und jedweden Erkrankungen der Luftwege nehme man nur **Reichels Hustentropfen.** Durch Destillation aus Arnica 10, Mentha-Camph. 1, Anis 7, Pimpin. 15, feinst. Sprit. rect. 70, den wirkungskräftigsten in der medizinischen Praxis erpr. Arzneistoffen hergestellt. Der Erfolg ist überraschend! Echt und wirksam nur in Fl. à 50 Pfg. mit Marke „**Medico**“ und dem Namen **Otto Reichel, Berlin SO.** In Tarnowitz bei **Otto Grüne, Drogerie.**

Bezugshalber sind Möbel und Wirtschaftsgeräthe zu verkaufen. **Karlshofer Str.** part. rechts. **Neuheit in Plakatschriften** Weiße Metallbuchstaben, pp. zum Selbstherstellen, Reklamematerialien, Preisausstellungen u. s. w. sind bei uns zu haben. Wir nehmen auch die fertige Lieferung solcher Plakate, welche auf jedem Grunde sich sehr wirkungsvoll ausnehmen. **A. Sauer u. Komp.**